



Freitag, 22. August 2008

## Richter: Land muss Fehlentscheidung des Bundes korrigieren

Düsseldorf. „Die Landesregierung hat der Föderalismusreform zugestimmt, weil sie die Zuständigkeit für die Besoldung und Versorgung ihrer Beamten haben wollte. Jetzt muss sie auch den Mut haben, die Fehlentscheidung des Bundes bei der Abschaffung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizei- und Feuerwehrzulage zu korrigieren“ – das hat der nordrhein-westfälische GdP-Vorsitzende Frank Richter während einer gemeinsamen Anhörung des Finanz-, des Verwaltungsstrukturreform- und des Innenausschusses des Landtags gefordert. Grundlage der Anhörung, an der auch rund 250 uniformierte Polizeibeamte und Feuerwehrleute teilgenommen haben, war ein Antrag der SPD-Fraktion zur Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizei- und Feuerwehrzulage.

In der Anhörung hatten die geladenen Experten, darunter Vertreter von ver.di und GdP, aber auch Feuerwehrseelsorger und Kriseninterventionsexperten der Polizei, nahezu einhellig noch einmal darauf hingewiesen, dass die Feuerwehr- und Polizeizulage keine klassische Funktionszulage ist, die an die Wahrnehmung einer bestimmten Aufgabe gebunden ist, sondern ein finanzieller Ausgleich für die besonderen Belastungen, denen Feuerwehrleute und Polizisten im Berufsalltag ausgesetzt sind. Weil diese Belastungen bis in die Pensionszeit weiterwirken – als Spätfolgen jahrzehntelanger Nacht- und Wechseldienste und oft traumatisierender Erlebnisse – muss die Zulage nach Meinung der Experten auch beim Pensionsanspruch berücksichtigt werden.

In seiner mündlichen Stellungnahme hat der GdP-Vorsitzende Frank Richter darauf hingewiesen, dass bereits die damalige Begründung des Bundestags, die Polizei- und Feuerwehrzulage nur als Funktionszulage zu bewerten, die bei der Berechnung des Pensionsanspruchs nicht berücksichtigt werden müsse, falsch gewesen ist. „Diese Begründung“, so Richter, „war vorgeschoben. Die Entscheidung war rein finanzpolitisch begründet.“ Dieses Vorgehen widerspreche aber dem Anspruch der Politik auf Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit. „Diese Fehlentscheidung“, fordert Richter, „kann das Land jetzt korrigieren.“

Richter widersprach zudem ausdrücklich Überlegungen, die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizei- und Feuerwehrzulage lediglich bis zu einer bestimmten Gehaltgruppe wieder herzustellen. „Die besonderen Belastungen wirken nicht nur über den Eintritt in den Ruhestand hinaus, sondern sie machen auch nicht bei bestimmten Besoldungsgruppen halt“.

Mehr Infos zur Anhörung: [www.landtag-nrw.de](http://www.landtag-nrw.de) (→Dokumente → Protokolle)



Gespannte Erwartungen auf dem Weg zur Anhörung



Gespannt warten GdP-Kollegen in Uniform auf der Zuhörertribüne des Landtags, wie die Abgeordneten auf die Argumente der Experten reagieren werden



Von Streichung der Polizei- und Feuerwehrzulage sind beide Berufsgruppen gleichermaßen betroffen



Die GdP-Vertreter Heinz Rump, Frank Richter und Udo Linnenbrink während der Anhörung im Landtag



Rund 250 uniformierte Polizisten und Feuerwehrleute aus ganz NRW verfolgten die Ausschusssdebatte im Landtag



Ortwin Bickhove-Swiderski, Leiter der Fachgruppe Feuerwehr beim ver.di-Landesbezirk, trägt noch einmal die wichtigsten Argumente für die Beibehaltung der Feuerwehr- Und Polizeizulage vor